

**Zeitschrift:** ZeitBild  
**Herausgeber:** Schweizerisches Ost-Institut  
**Band:** 31 (1990)  
**Heft:** 7

**Artikel:** Glasnost zur Grenze : Zeitbild-Mitarbeiter diskutieren über die "Territorialfrage" zwischen Deutschland und Polen  
**Autor:** Pozsgai, Joseph / Bahr, Jerzy  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-1092964>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 18.04.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

## Zeitbild-Mitarbeiter diskutieren über die «Territorialfrage» zwischen Deutschland und Polen

# Glasnost zur Grenze

Von mir aus besteht die Lösung der Territorialfrage zwischen Deutschland und Polen darin, dass die Deutschen auf Gebietsansprüche östlich der Oder-Neisse verzichten und die Polen dafür auf Gebietsansprüche westlich der Oder-Neisse. Aber man kann die Sache unterschiedlich sehen, und deshalb bringen wir zu diesem Problem (oder «Problem») zwei Beiträge. Einer Darstellung von Dr. Joseph Pozsgai (gebürtig Ungarn, wohnhaft in Mannheim) lassen wir eine Antwort von Dr. Jerzy Bahr (gebürtig Polen, wohnhaft in Bern) folgen.

### Einheit und Grenzen

Der von Bonn heraufbeschworene Streit um die polnische Westgrenze hat in Polen den Verdacht geweckt, dass die Versicherung von Bundeskanzler Kohl letztes Jahr in Warschau, Deutschland habe keine Gebietsansprüche an Polen, nun doch nicht das letzte Wort sei. Die seither öffentlich geführte Auseinandersetzung in der BRD ist ein schwerer politischer Fehler und macht die internationale Zustimmung zur Vereinigung der beiden deutschen Staaten auch nicht leichter.

### BRD-Innenpolitik

Warschau selbst hatte seine Zustimmung schon sehr früh gegeben, weil es dort niemandem in den Sinn gekommen wäre, dass ein Gesamtdeutschland die polnische Westgrenze in Frage stellen würde. Kohl warf die Frage unnötigerweise trotzdem auf, und «korrigierte» dann mit einer Erklärung, die sich auch nicht besser machte. Er stellte eine Grenzgarantieerklärung in Aussicht, wofür die Polen als Gegenleistung auf Reparationsansprüche gegenüber Deutschland verzichten und den deutschen Minderheiten in Polen vertragliche Rechte zusichern sollten. Nach nochmals ein paar Tagen wurde diese Koppelung ganz verschiedener Dinge zurückgenommen.

Der ganze Vorgang war von einem innenpolitischen Tauziehen begleitet, bei dem alle Beteiligten sich zu profilieren suchten, was möglicherweise auch der einzige Zweck der international aufgemachten Übung war.

Jedenfalls nahm der Bundestag schliesslich ein Papier an, das auch der DDR empfohlen wird. Es enthält im Kern jene Zusage, die das Bonner Parlament schon am 8. Novem-

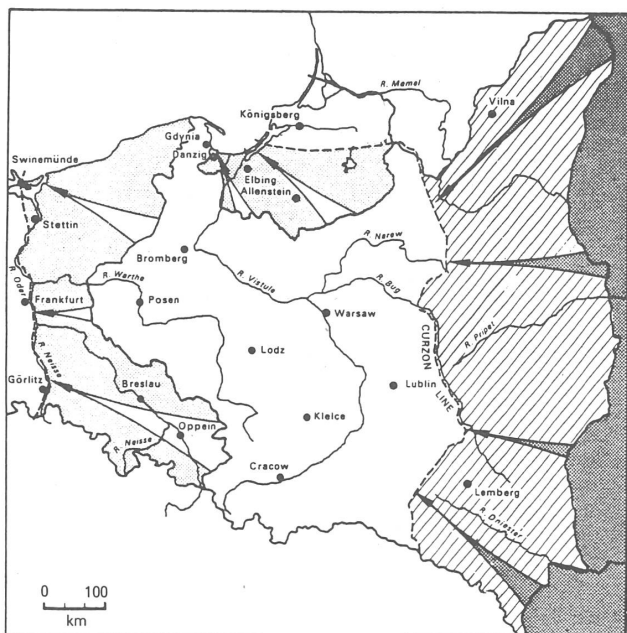
ber 1989 gegeben hatte und bei der es in der Zwischenzeit besser geblieben wäre:

«Das polnische Volk soll wissen, dass sein Recht, in sicheren Grenzen zu leben, von uns Deutschen weder jetzt noch in der Zukunft durch Gebietsansprüche in Frage gestellt wird.» Aufgrund der KSZE-Schlussakte soll damit die Unverletzlichkeit der Grenzen gegenüber Polen bekräftigt werden.

Indessen ist diese Formulierung entgegen dem Anschein nicht identisch mit einer «endgültigen Anerkennung» der Oder-Neisse-Grenze; sonst hätte man fürs gleiche Geld die fragliche Anerkennung auch nachliefern können. Bundesausenminister Genscher hatte darauf gedrängt, aber der Bundestag folgte ihm nicht, zumal Bonn allein über die Bestätigung der heutigen Grenze zwischen der DDR und Polen ohne Ost-Berlin logischerweise nicht entscheiden kann. (Nicht ganz klar scheint es nach dieser Logik allerdings, wieso dann Bonn befugt ist, Aussagen über die Sicherheit jener gleichen Grenze zwischen der DDR und Polen zu machen. Eine weitere Schwierigkeit ergibt sich aus der Frage, warum ein vorweggenommener Verzicht durch die jeweiligen Partner einer beabsichtigten Vereinigung unmöglich sein sollte. Aber die Relevanz der Unterscheidung zwischen einer endgültig garantierten und einer endgültig anerkannten Grenze ist ohnehin etwas, was nur einer bundesdeutsch definierten Logik eingeht. Red.)

Der letzte Absatz des letzten Bonner Kompromisspapiers enthält – diesmal nicht als Bedingung für einen Grenzvertrag mit Warschau – die separate Feststellung, der «Verzicht Polens auf Reparationen gegenüber Deutschland vom 23. August 1953» und die gemeinsame polnisch-deutsche Erklärung vom 14. November 1989 seien «auch für das vereinte Deutschland gültig».

Der polnische Präsident Jaruzelski seinerseits nannte die Bonner Erklärung «völlig unzureichend». Sie sei von «Ausflüchten und Doppeldeutigkeiten» gekennzeichnet, die zur Annahme führten, «dass sich Bonn das letzte Wort vorbehalten will, bis Deutschland zu einem riesigen und mächtigen Gebilde angewachsen ist». Weiter meinte er, die Forderungen (laut polnischen Angaben 530 Milliarden Mark) nach deutschen Reparationszahlungen für polnische



Die «Westverschiebung» Polens nach der Konferenz von Potsdam. Links (mit Grauton) die ehemals deutschen Gebiete, rechts (schraffiert) das ehemalige Ostpolen. Das Gebiet von Königsberg ging von Deutschland an die Sowjetunion.

Naziopfer seien als Thema noch nicht erledigt.

Jaruzelski möchte offenbar eine verbindliche Bonner Erklärung über die polnische Westgrenze schon in der Tasche haben, wenn sich die Siegermächte des Zweiten Weltkriegs, die schliesslich in der Grenzfrage allein kompetent sind, zusammensetzen, um der deutschen Einheit auch offiziell grünes Licht zu geben.

### Vergebenes Ostpolen

Mit der Nachkriegsgrenze hat Polen auch auf der östlichen Seite seine Probleme, da sich die Sowjetunion nach 1945 grosse polnische Gebiete aneignete.

Polen, das nach vier Teilungen im 18. und 19. Jahrhundert seine Unabhängigkeit nach dem Ersten Weltkrieg wiedererlangt hatte, verlor 1939 durch den Hitler-Stalin-Pakt seine Freiheit erneut. In einem Zusatzprotokoll vereinbarten die Mächte von Nationalsozialismus und Sowjetsozialismus ihre gemeinsame Neuordnung Europas:

a) Finnland, Estland, Lettland, Bessarabien (bis dahin Rumänien angegliedert, heute Sowjetrepublik Moldau) sowie Polen ostwärts von Narew, Weichsel und San liegen ausserhalb der deutschen Interessensphäre.

b) Die Sowjetunion erklärt sich uninteressiert an Litauen und dem westlichen Hauptteil Polens.

c) Deutschland erklärt sich uninteressiert an Bessarabien.

Dank dem Pakt konnte Hitler über Polen herfallen, und die Sowjetstreitkräfte marschierten ihrerseits in Ostpolen ein. Sie okkupierten auch die baltischen Staaten und zwangen Finnland im Winter 1939 durch einen Krieg zu Gebietsabtretungen.

Zu einem Austausch geraubter Gebiete kam es in einem Grenz- und Freundschaftsvertrag, den der deutsche Aussenminister Ribbentrop am 28. September 1939 in Moskau unterzeichnete. Nunmehr wurde Litauen als sowjetisches «Interessengebiet» anerkannt, während dafür Deutschland das polnische Gebiet zwischen Weichsel und Bug sowie den Zipfel Suwalki beanspruchte. Stalin zwang im Juni 1940 die Rumänen, Bessarabien und die nördliche Bukowina an die UdSSR abzutreten.

Den ersten Schritt, den östlichen Teil Polens der Sowjetunion zu überlassen, hatte also Hitler getan.

Auf der Konferenz von Teheran im Dezember 1943 anerkannten Roosevelt und Churchill die sowjetischen Gebietsforderungen im Baltikum und in Finnland. Bezüglich Polen regte damals Churchill selber an, man könne es «nach Westen verlagern, wie Soldaten, die seitlich wetreten». Das kam Sta-

lin gelegen. Er nannte die Oder als Westgrenze Polens und forderte Königsberg für die UdSSR.

### Potsdamer Provisorium

Nach dem Krieg trafen sich die Vertreter der drei Siegermächte im Sommer 1945 in Potsdam. Über die künftigen Grenzen Deutschlands wurden sie sich nicht einig. Sie vereinbarten vage, «dass die endgültige Festlegung der Westgrenze Polens bis zur Friedenskonferenz zurückgestellt werden soll». Bis dahin unter polnische Verwaltung kommen würden «die früheren deutschen Gebiete östlich der Linie, die von der Ostsee unmittelbar westlich von Schwinemünde und von dort die Oder entlang bis zur Einmündung der westlichen Neisse und ihr entlang bis zur tschechoslowakischen Grenze verläuft». Ausgenommen wurde jener Teil (Gebiet Königsberg) Ostpreussens, den man der Verwaltung der UdSSR unterstellte (heute als Gebiet von Kaliningrad der Russischen Föderation zugehörig und von deren Stammländern durch Litauen getrennt).

Die Potsdamer Erklärung bestimmte also nicht die Oder-Neisse-Linie als neue Staatsgrenze Polens. Ebensowenig rechtfertigte sie die Vertreibung der dort ansässigen deut-

### Grenze und Sicherheit

Es gibt eine paradoxe Eigentümlichkeit bei der öffentlichen Behandlung der deutsch-polnischen Grenzfragen: Alle haben die endlosen Diskussionen darüber satt, und alle beteiligen sich an ihnen. Wenn dem so ist, könnte es sehr wohl sein, dass es nicht so sehr die leidige Grenzfrage selbst ist, die uns bewegt, sondern ein weit grösseres Problem dahinter: die europäische Sicherheit für heute und für morgen. Aus dieser Optik, die ich für gerechtfertigt halte, möchte ich einige Ergänzungen zum Text von Dr. Pozsgai anbringen, dem ich in etlichen Belangen zustimme; indessen sind es die strittigen Punkte, die der Erörterung wert sind. Folgende Aspekte scheinen mir wichtig:

1. Die Logik von Jalta und Potsdam beschränkt sich – speziell wenn man an die Aussiedlung der Deutschen aus Polen und der Tschechoslowakei denkt – keineswegs auf die Bildung von Einflusssphären und auf die Zuweisung der betreffenden Länder in die dauernde Obhut der Sowjetunion. Das war selbstverständlich die Meinung Stalins, aber dem steht nicht entgegen, dass die Westmächte ihren eigenen Willen mitbrachten. Ziel der Alliierten war es, gegen das Deutschtum eine Sperre zu errichten, und zwar durchaus auf Dauer angelegt. Das war die Konsequenz aus einem Krieg, der in seinen Ausmassen alle bisherigen Kriege der Menschheit übertroffen hatte. Den Verein-

barungen von Potsdam lag demzufolge von Anfang an eine Vision eines zukünftigen Sicherheitssystems für Europa zugrunde. Ohne diese hätten sich die Siegermächte nicht zu so grossen territorialen Verschiebungen veranlasst gesehen.

Stalin stellte seine Forderungen mit kompromissloser Härte und liess keinen Zweifel daran aufkommen, dass er die der Sowjetunion von Hitler überlassenen Ostgebiete Polens als Territorium des Sowjetstaates betrachtete. Dass die Polen dieses von Stalin einseitig geschaffene *Fait accompli* nicht für immer anerkennen werden, davon darf man ausgehen, wenn man die historischen Vorgänge kennt. Selbstverständlich will Warschau zuerst die polnische Westgrenze vertraglich absichern. Das dürfte spätestens nach der deutschen Vereinigung problemlos über die Bühne gehen, zumal sowohl die USA, Grossbritannien und Frankreich als auch die Bundesrepublik vorbehaltlos bereit sind, die Oder-Neisse-Linie aufgrund der vollendeten Tatsachen und im Sinn der KSZE-Schlussakte als die endgültige Westgrenze Polens anzuerkennen. Dass Bonn dies völkerrechtlich verbindlich erst nach der Wiederherstellung der deutschen Einheit tun kann, weil die Bundesrepublik zurzeit keine gemeinsame Grenze mit Polen hat, liegt auf der Hand. *Joseph Pozsgai*

barungen von Potsdam lag demzufolge von Anfang an eine Vision eines zukünftigen Sicherheitssystems für Europa zugrunde. Ohne diese hätten sich die Siegermächte nicht zu so grossen territorialen Verschiebungen veranlasst gesehen.

2. Die Formulierung «Ebenso wenig rechtfertigte sie (die Potsdamer Erklärung) die Vertreibung der dort (in Osteuropa) ansässigen deutschen Bevölkerung» ist platterdings richtig, umgeht aber gleichzeitig das Gesamtproblem. Sicher gestattet die Erklärung von Potsdam keinerlei «Vertreibung»; so etwas wäre in einem internationalen Dokument ja auch schwer vorstellbar. Hingegen handelt das ganze 12. Kapitel der Potsdamer Erklärung von der «Übersiedlung» der deutschen Bevölkerung nach Deutschland, das heisst von der Übersiedlung jenes deutschen Bevölkerungsteils, «der in Polen, in der Tschechoslowakei und in Ungarn geblieben» war (rund 5 Millionen Deutsche waren zu diesem Zeitpunkt bereits aus den fraglichen Territorien geflüchtet). Der Text spricht von «orderly transfers of German population», und das ist ein qualitativ anderer Gegensatz zur Vertreibung als der Gegensatz von Vertreibung und Wohnrecht.

3. Es stimmt, dass es anstelle der geordneten Übersiedlung dann auch zu Vertreibungen kam: ein Unrecht und eine Tragödie. Die

Polen und Tschechoslowaken wussten nach der Okkupation mit den systematischen Verbrechen der Besatzungsmacht schlecht zwischen den Individuen des deutschen Bevölkerungsteils zu unterscheiden. Es gab Mitschuldige, es gab Mitläufer, es gab Unbeteiligte, die ohne ihr Zutun von ihrer Deutschstämmigkeit profitiert hatten, und es gab Gegner des Naziterrors, die Verfolgte schützten und so weiter. Mit Sicherheit unschuldig waren die Kinder, aber man hätte innerhalb der Vertreibung ein zusätzliches Unrecht begangen, wenn man sie ohne ihre Eltern zurückbehalten hätte.

Im übrigen gab es kein einheitliches Vertreibungsmuster. Der Prozess verlief stürmisch und hatte verschiedene Phasen. Ihn nur als Bruch mit der Potsdamer Erklärung zu verstehen, vereinfacht die Sache denn doch zu sehr.

4. Man kann – wie der Autor des Textes – von der Annahme ausgehen, dass das Problem der Oder-Neisse-Grenze vor allem einer juristisch korrekten Lösung bedürfe. Dazu gibt es schon eine riesige Literatur, in der jede denkbare These samt ihrer genauen Gegenthese juristisch schlüssig bewiesen wird. Ich würde deshalb den Akzent anders setzen. Was von der grössten territorialen Verschiebung im neuzeitlichen Europa und der damit verbundenen Massenauswanderung/Massenausweisung übrig bleibt, ist heute ein soziales und ein moralisches Phänomen. Es betrifft einerseits die zwangsausgesiedelten Deutschen und deren Nachkommen; ihnen ist ein Recht auf Besuch in der alten Heimat und auf andere Formen der Erinnerungspflege zu gewährleisten. Andererseits betrifft es jene 8 Millionen Menschen, die heute in West- und Nordpolen leben; sie haben ein Recht auf sichere Existenz dort, wo sie sind.

Angesichts der anlaufenden Vereinigung Deutschlands scheint mir deshalb nicht nur eine korrekte Formel bezüglich seiner Grenzen wichtig, sondern auch und vordringlich die Schaffung und Stärkung von Vertrauen bei den Nachbarn. Das gilt in besonderem Masse für die Polen, die in ihrer Geschichte immer wieder von den anliegenden Mächten vergewaltigt worden sind. Der Fehler von Bundeskanzler Kohl in dieser Hinsicht ist darauf zurückzuführen, dass er eben den moralischen Aspekt der Sache unterschätzt und mit einigen unaufrichtigen Äusserungen die zarte Pflanze der polnisch-deutschen Versöhnung beschädigt hat.

Das hat auf weite Sicht mehr Bedeutung als der Parteienzwist, der bei der Diskussion über die Oder-Neisse-Grenze in der BRD ausgebrochen ist; die Polen dienen dort beidseitig als Argumentationsmaterial, um dem innenpolitischen Gegner eins auszuwischen. Es ist nicht erfreulich für andere Völker, bloss nach ihrem Wert als Wahlkampfmunition geschätzt zu werden.

In Jalta und Potsdam waren die Völker Mitteleuropas keine Subjekte, sondern bloss

Objekte der getroffenen Entscheidungen. Unannehmbar ist deshalb die These, dass «die Siegermächte des Zweiten Weltkrieges schliesslich allein in der Grenzfrage kompetent sind». Ministerpräsident Mazowiecki hat die polnische Position so formuliert: «Nic o nas bez nas» (Nichts über uns ohne uns). Und glücklicherweise ist das keine einseitige polnische Deutung geblieben. Vielmehr ist diese Position inzwischen von allen Teilnehmern an den geplanten Gesprächen über die Zukunft Deutschlands akzeptiert worden, die Bundesrepublik eingeschlossen.

5. Pozsgai suggeriert ein polnisches Interesse an der Rückgewinnung der jetzt sowjetisch besetzten ostpolnischen Gebiete und fügt bei: «Selbstverständlich will Warschau zuerst die polnische Westgrenze vertraglich absichern.»

Wie immer es mit polnischen Ansprüchen «sub specie aeternitatis» bestellt sein mag: Für jede absehbare Zeit spielen sie keine Rolle, und ihre Unterstellung als Motiv der Gegenwart ist politische Science-fiction. Tatsächlich gibt es weder in den Programmen der unterschiedlichen politischen Parteien noch in den Aussagen polnischer Politiker die geringste Bestätigung dafür.

Übrigens: Dass sich Regierungsmitglieder in öffentlichen Äusserungen im Widerspruch zu den KSZE-Beschlüssen über die Gültigkeit der bestehenden Grenzen äussern würden, wie es in der BRD die Bundesminister Weigel, Zimmermann und Willms getan haben, das kommt in Polen schlicht und einfach nicht in Betracht.

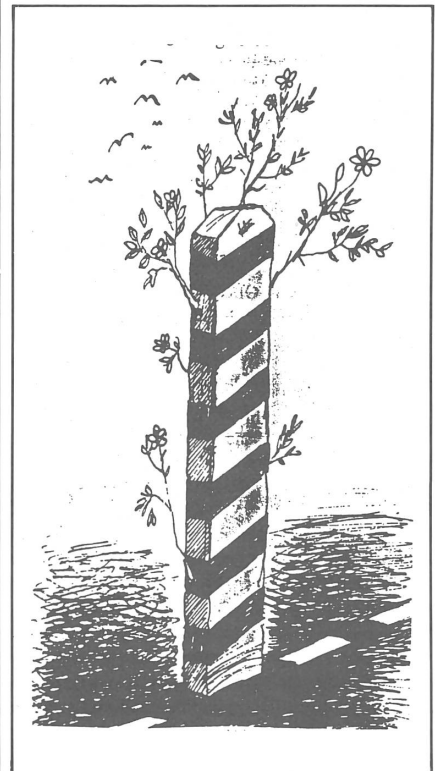
Bezüglich des ehemaligen Ostpolens gibt es zwei Sachen zu unterscheiden. Die eine Sache besteht darin, dass die Republik Polen 1939 gleichzeitig von zwei gleichwertigen und verbündeten Aggressoren überfallen wurde. Hier ist die polnische Seite zu Recht bestrebt, die sowjetische Invasion gleich zu klassifizieren wie die nazideutsche. Das entspricht der Linie, den Hitler-Stalin-Pakt für ungültig zu erklären, wie sie von den baltischen Ländern und endlich auch vom Obersten Sowjet der UdSSR eingeschlagen wurde. Polen sieht sich berechtigt und verpflichtet, in diesem Punkt die historische Wahrheit zu rehabilitieren.

Die andere Sache aber ist die «richtige» Zugehörigkeit der Territorien östlich der polnischen Grenze. Gerade in der Gegenwart wird es immer deutlicher, wie anfechtbar die Alternative «polnisch oder sowjetisch» ihrerseits wäre. Östlich von Polen befinden sich die Ukrainer, die Weissrussen und die Litauer, die ihre eigenen nationalstaatlichen Ansprüche immer deutlicher artikulieren. In Polen solidarisiert man sich mit diesen Bewegungen. Sowohl die beiden Parlamentskammern von Sejm und Senat als auch Lech Walesa haben Sympathie für diese Entwicklung bekundet und gerade in diesem Zusammenhang von sich aus die Unverletzlichkeit der polnischen Ostgrenze betont.

Selbstverständlich haben die Polen ein legitimes Interesse an ihrer eigenen Geschichte, die bis jetzt verschwiegen oder gefälscht worden war; selbstverständlich bekunden sie ihre Teilnahme für ihre 1,5 Millionen Landsleute in der ganzen Sowjetunion. Aber das alles hat nichts mit irgendwelchen revisionistischen Tendenzen bezüglich der Grenzen zu tun. Die Polen werden sich nicht von den veralteten Denkkategorien der «Stammterritorien» ködern lassen; dafür ist ihnen schon die endlich aufkeimende Freiheit zu wichtig, die sie im Rahmen eines freien Europas auch ändern gönnen mögen.

Die Erinnerung an die drei (nicht vier) Teilungen im 18. und 19. Jahrhundert sowie an die «vierte Teilung» durch den Hitler-Stalin-Pakt gehört unabdingbar zum polnischen Geschichtsbewusstsein. Die Polen lassen es sich nicht gern von selbsternannten Politpsychiatern im Ausland zu einem «Trauma» machen, auf welches man im Falle eines empfindlichen Patienten durch einen beruhigenden Tonfall einzugehen habe, als Ausweis der eigenen ärztlichen Kompetenz. Und jedenfalls: Wenn man in einem gemeinsamen europäischen Haus wohnen will, soll man sich um gleiche Rechte für alle Mieter bemühen.

Jerzy Bahr



«Neue Zeit», Moskau, Nr. 11/1990